

Stadtratsfraktion DIE LINKE Staßfurt – eine Bilanz

Klaus Magenheimer

Durch eine langjährige kontinuierliche und von den Bürgern anerkannte Kommunalpolitik gelang es, bei den Kommunalwahlen 2009 ein wiederum beachtliches Wahlergebnis zu erreichen. Nach der CDU wurden wir zweitstärkste Kraft im Stadtrat und errangen 11 Mandate. Ein beachtlicher Abstand zur SPD wurde erreicht. Dr. Walter Blauwitz wurde Vorsitzender des Stadtrates und Elvira Bartsch die zweite Stellvertreterin. Den Vorsitz im Ausschuss für Soziales, Jugend und Senioren hat Ralf - Peter Schmidt inne. Im Aufsichtsrat der Stadtwerke bekleidet Jochen Meyenberg das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden. Entsprechend der Größe der Fraktion besetzten wir in jedem Ausschuss zwei Sitze, das sind gute

Voraussetzungen für eine einflussreiche Ratsarbeit. Zwischenzeitlich haben 2 Mitglieder die CDU Fraktion verlassen, damit sind wir nun in der Anzahl der Mitglieder gleichstark. Seit dem Juni 2009 bin ich erneut Fraktionsvorsitzender mit zwei Stellvertretern. Die Fraktionsmitglieder aus den einzelnen Ortsteilen sind, außer in Förderstedt, auch in allen Ortschaftsräten gewählte Abgeordnete. Vier Mitglieder der Fraktion sind in Löderburg, Rathmannsdorf, Athensleben OrtsbürgermeisterInnen und in Neundorf

stellvertretender Ortsbürgermeister. Als Fraktionsvorsitzender muss ich auch die manchmal sehr unterschiedlichen Interessenlagen und Sichtweisen der Mitglieder versuchen auszugleichen, weil die Hälfte von ihnen nicht in der Kernstadt zu Hause ist. Interessant für den Meinungsbildungsprozess ist auch die Tatsache, dass nicht alle Fraktionsmitglieder unserer Partei abgehören. Darum ist es umso mehr wichtig, dass wir uns in zu allen politischen Fragen im intensiven Meinungsaustausch mit dem Vorstand



Dr. Walter Blauwitz und Klaus Magenheimer am Info-Stand in Staßfurt (Foto: privat)

stellvertretender Ortsbürgermeister. Als Fraktionsvorsitzender muss ich auch die manchmal sehr unterschiedlichen Interessenlagen und Sichtweisen der Mitglieder versuchen auszugleichen, weil die Hälfte von ihnen nicht in der Kernstadt zu Hause ist. Interessant für den Meinungsbildungsprozess ist auch die Tatsache, dass nicht alle Fraktionsmitglieder unserer Partei abgehören. Darum ist es umso mehr wichtig, dass wir uns in zu allen politischen Fragen im intensiven Meinungsaustausch mit dem Vorstand

und den Mitgliedern der Basisorganisation befinden und um zur Erreichung von abgestimmten Standpunkten den ständigen Dialog führen. Das geschieht in den Mitgliederversammlungen, den monatlichen Stammtischen, den öffentlichen Fraktionssitzungen und den persönlichen Kontakten. Zunehmend wird dabei auch der intensive Kontakt über das Internet gesucht und auch häufig zum Telefon gegriffen. Dadurch war es im Laufe der Legislaturperiode möglich, von uns als wichtig betrachtete Themen auf die Tagesordnung zu setzen. So fanden unsere Anträge zur Beauftragung des Oberbürgermeisters, die Regelungen des Staßfurter Passes zu überarbeiten und die Neubeschlussfassung eines Staßfurter Sozial- und Familienpasses vorzubereiten, eine Abstimmungsmehrheiten im Stadtrat. Der Beauftragung des Oberbürgermeisters zur Erarbeitung eines Sitzbankkonzepts für die Stadt folgten die Abgeordneten ebenfalls einmütig. Zu guter letzt folgten die Stadträte auch noch einem Antrag von uns, den Vertrag mit dem Theaterförderverein zu aktualisieren und durch finanzielle Zuschüsse die Weiterarbeit zu sichern. Diese Erfolge waren uns auch wichtig, weil die CDU - Fraktion unsere Anträge und Beschlüsse oft als Polemik darstellt und als nicht finanzierbar zurückweist. Diese erfolgreiche Auseinandersetzung zum Wohle der Bürger machte uns stark im Bemühen, immer wieder Sacharbeit zu leisten, die auch von den Bürgerinnen und Bürgern anerkannt wird. Sehr konstruktiv haben sich auch mehrere Mitglieder der Fraktion im ständi-

Aus dem Inhalt

Das Thema:

Kommunalpolitik

Seite 1- 4

- 120 Tage - Programm erfüllt

Seite 5

- Wahlstrategie der LINKEN

Seite 6

- Neoliberale Umgestaltung Europas

Seite 7

- Altersarmut in Sachsen- Anhalt

Seite 8

- Kreisvorstand

Seite 9

- Kick gegen Rechts

Seite 10

- Büroeröffnung in Aschersleben

Seite 11

gen Bemühen um die Erhaltung unseres Krankenhauses eingebracht. Wir waren nicht nur in der Arbeitsgruppe des Oberbürgermeisters dabei, sondern als Kreistagsmitglieder wirkten wir mit ganz konkreten Vorschlägen für die schnellstmögliche Lösung dieses dringenden kommunalpolitischen Themas. Ein positives Endergebnis, wenn auch nicht in Richtung unserer kommunalen Zielstellung, wurde letztlich mit der Wiederinbetriebnahme durch AMEOS erreicht. Noch sind jedoch eine Reihe Fragen von uns durch den Landrat zu beantworten.

Eine sehr aktuelle Debatte führen wir gegenwärtig gegen den beabsichtigten Neubau einer Biogasanlage in einem seit Jahren nicht ausgelastetem Gewerbegebiet in unserer Stadt.

Eine intensive monatelange Diskussion in der Öffentlichkeit zu diesem Thema hat uns im Standpunkt bestärkt, eine solche beabsichtigte Energieerzeugung abzulehnen. Leider wurde der von uns gestützte überfraktionelle Grundsatzbeschluss zur nochmaligen öffentlichen Beratung zurückverwiesen.

Motiviert zu unserer Ablehnung haben uns auch die ablehnenden Standpunkte einer Bürgerinitiative, mit der wir eng zusammenarbeiten. Auch hunderte Unterschriften bei einer Sammlung gegen diese Anlage am Rande eines Wohngebietes bestärken uns in unserem Bemühen um die Umsetzung des Willens der Bürger der Stadt Staßfurt.

Dabei lassen wir uns auch nicht durch Vorwürfe und Anfeindungen von Lobbyisten der Biogasanlage von unserem Standpunkt abbringen. Die kommenden Wochen werden genau so spannend sein wie die Führung unseres Kampfes gegen die Errichtung einer Mauer mitten in einem mit dem Ehrenpreis ausgezeichneten Sanierungsgebiet.

Wenn auch nicht große Überzeugungsarbeit notwendig ist, fordert aber die Organisation von öffentlichkeitswirk-



Ralf-P. Schmidt, Mitglied des Stadtrates, MdB Jan Korte und Klaus Magenheimer, Fraktionsvorsitzender im Staßfurter Stadtrat (von links)
(Foto: privat)

samen Veranstaltungen der Fraktion, einen nicht unerheblichen Aufwand. So sind wir seit Jahren die einzige Fraktion, die während der Veranstaltungen zum 1. Mai, dem Salzlandfest und dem Tag der Regionen umfangreiches Informationsmaterial anbietet. Ein weithin sichtbarer Stand ist unser Zeichen für diesen Anlaufpunkt.

Viele interessante Gespräche finden statt, so mancher Auftrag wird an uns erteilt. Ein gut besuchter Bücherbasar beschert uns manchen Euro. So manchen Euro übergibt die Fraktion auch an Sportvereine, Jugendeinrichtungen, Kinder- und Jugendfeuerwehren, soziale Projekte und Kindereinrichtungen. Sie stammen aus monatlichen Einzahlungen der Fraktionsmitglieder in den Sozialfonds der Fraktion. Er wird neben den regelmäßigen Mandatsträgerbeiträgen geführt.

In den kommenden Wochen wird es für die Fraktion darauf ankommen, in der Haushaltsdiskussion dafür zu sorgen, dass der gesetzlich organisierte Geldmangel nicht zur Kürzung der freiwilligen Leistungen führt.

Mit dem Übergang zum „Doppischen“ Haushalt kommt ein großer Lernprozess auf uns zu.

Ich bin mir mit meinen Mitgliedern sicher, dass wir im kommenden Bundestagswahlkampf einen großen Arbeitsaufwand zu leisten haben. Dabei ist vor allem unsere politische Ausstrahlung im Bereich der Ortsteile der ehemaligen Gemeinde Förderstedt zu erhöhen.

Das wollen wir erreichen durch öffentliche Fraktionssitzungen vor Ort, mit der Durchführung von Info-Ständen und dem flächendeckenden Verteilen von Materialien. Dazu brauchen wir aber auch die Unterstützung durch weitere ehrenamtliche Kräfte.

Klaus Magenheimer ist Fraktionsvorsitzender im Staßfurter Stadtrat

Aus dem Ortschaftsrat Löderburg

Elvira Bartsch

Seit der Eingemeindung Löderburgs nach Staßfurt zum Januar 2002 gibt es bei uns einen Ortschaftsrat, dem zur Zeit sieben Mitglieder angehören. Das sind 3 LINKE, 2 von der FDP, 1 von der SPD und ein Einzelbewerber.

Viel Engagement haben wir in den vergangenen 10 Jahren investiert, um die Festlegungen der Eingemeindungsvereinbarung mit Leben zu erfüllen. Wir wollten, dass unsere Kindertagesstätte „Zwergenland“ in kommunaler Hand verbleibt. Versuche des ehemaligen Staßfurter Bürgermeisters, sie an einen bestimmten freien Träger zu übergeben, haben wir gemeinsam mit den Eltern unter Leitung des Elternkuratoriums und den Erziehern verhindert.

Ein zweiter großer Schwerpunkt war die Umsetzung unserer Vorhaben zur Sanierung des Ortskerns. Nach der Aufnahme in das Förderprogramm des Landes haben wir nicht nur unsere Grundschule und das Gemeindeamt mit neuen Dächern und Fassaden versehen.

Der triste Schulhof wurde unter Einbeziehung der Vorstellungen der Kinder zu einem Spielplatz umgestaltet, den wir selbst gern

als Schüler gehabt hätten.

Auch 6 Straßen und der Dorfplatz wurden grundhaft aus- bzw. umgebaut, so dass sich insbesondere für ältere Löderburger die Mobilitätsbedingungen verbesserten.

Zugleich wurden auch weitere Bänke in zentralen Bereichen aufgestellt. Solche angeblichen „Kleinigkeiten“ sind uns wichtig, auch weil die Altersstruktur immer mehr barrierefreie Wege für das Wohlfühlen und die Teilnahme am örtlichen Leben verlangt.

Unsere Unterstützung erhielt auch die kommunale Wohnungsgesellschaft für ihr Vorhaben, die ehemalige Sekundarschule nach jahrelangem Leerstand zu barrierefreien Wohnungen umzubauen.

Eine Besonderheit unseres Dorfes ist das Freizeitzentrum Löderburger See. Für den Ortschaftsrat und mich ist die Zusammenarbeit mit dem Betreiber hinsichtlich Planung und Umsetzung von Vorhaben, z.B. Spiel- und Sportmöglichkeiten sowie Höhepunkte im Sommer, wesentlich. Jährlich beraten wir gemeinsam, wie es weitergehen soll.

Ein zweiter großer Schwerpunkt neben den Investitionen ist die Gestaltung

des täglichen Lebens im Ort, sich kümmern um Sorgen, Nöte, Vorschläge und Ideen, die Zusammenarbeit mit Vereinen und Unternehmen.

Auch wenn manche Ortsobehäupter denken, dass Ortschaftsräte überflüssig seien bzw. ihnen die Arbeit erschweren, ringen wir weiterhin darum, dass Gehwege in Ordnung sind, Bänke und Bushaltestellen repariert, Hecken und Grünflächen gepflegt werden.

Da ich im Ort wohne, bin ich nicht nur zur Sprechzeit, sondern eigentlich, wo auch immer, erreichbar, sei es in der Kaufhalle, auf der Straße, bei Festen oder auf dem Friedhof.

Wir sind aber nicht nur Empfänger und Weiterleiter, sondern auch „Nachhacker“ bis zur Realisierung oder Antwort – manchmal mit sehr langem Atem.

Zum täglichen Leben gehören die Vereine von den Kleingärtnern bis zur Feuerwehr, sie prägen auch das kulturelle und sportliche Leben. Durch ihr Engagement, ihre Veranstaltungen lebt der Ort, gibt es Angebote für Jung und Alt.

Elvira Bartsch ist Ortsbürgermeisterin in Löderburg

Keine Anhebung der Müllgebühren vorgesehen - Vom Kreistag berichtet

Klaus Magenheimer

Trotz höherer Löhne für die Beschäftigten und Anwachsen der Kraftstoffkosten, konnte in der Abfallentsorgung im Jahr 2011 ein Gewinn von rund 156 000 Euro erwirtschaftet werden. Eine gute und lobenswerte Abfalltrennung durch die Bevölkerung des Landkreises ermöglichte eine weitere Verringerung der zur Müllverbrennungsanlage anzuliefernden Massen. Nach Aussagen der Betriebsleitung des Kreiswirtschaftsbetriebes ist keine Erhöhung der Müllgebühren vorgesehen.

In einer wiederum emotionsgeladenen Debatte wurde erneut über die Aufstufung der Bundesstrasse 6 zu einer Bundesautobahn gestritten. Befürworter sahen darin eine Aufwertung unserer

an dieser Trasse liegenden Kreisteile, weil man nun an einer Autobahn liege und besser um Investoren und Besucher werben könnte. Andere, vor allem Landwirte an der Trasse sehen die Gefahr, das nach geltendem EEG förderfähige 110 Meter - Streifen für den Bau von Photovoltaikanlagen zur Verfügung gestellt werden müssen und somit weiteres wertvolles Ackerland nicht mehr für die Produktion von Nahrungsmitteln zur Verfügung steht.

In Erweiterung des Beschlusstextes erkennt sich der Kreistag nunmehr ausdrücklich zum Schutz der betroffenen landwirtschaftlichen Nutzflächen und beauftragte den Landrat, ein Kataster zu erstellen, in dem

Umland, Industriebrachen im Salzlandkreis erfasst werden, die sich ohne Verbrauch von landwirtschaftlichen Nutzflächen zum Bau von Photovoltaikanlagen eignen.

Durch unsere Fraktion wurde der Landrat nochmals aufgefordert, die ihm zur Sitzung am 18. Juli übergebenen schriftlichen Fragen um Zusammenhänge mit dem Klinikverkauf zu beantworten. Seine Begründung für die bisherige Nichtbeantwortung bestand zusammengefasst darin, dass es zu allen Fragen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine abschließenden Antworten gibt.

Neues aus dem Stadtrat Bernburg(Saale)

Udo Riedel

Ende August war die parlamentarische Sommerpause für die Bernburger Stadträte wieder beendet. Eine auf dem ersten Blick recht umfangreiche Tagesordnung offenbarte beim genaueren Hinsehen, dass es in Wirklichkeit nur zwei große Themenkomplexe gab: die Jahresabschlüsse der Gesellschaften mit städtischer Beteiligung und verschiedene Bebauungspläne für die Umsetzung von Plänen zur Errichtung von Solarparks.

Bei den Gesellschaften mit städtischer Beteiligung stand auch aus einem anderen Grund die Wohnstättengesellschaft im Fokus, denn im Hintergrund der Diskussion zum Jahresabschluss schwebte die Frage, wie es an der Spitze der Gesellschaft weitergehen soll. Der derzeitige Geschäftsführer Herr Wieduwilt hat das Rentenalter erreicht, doch bereits einmal wurde dessen Anstellungsvertrag aufgrund der offenen Nachfolgeproblematik verlängert. Mittlerweile ist – nach einigem Hin und Her über die Verfahrensweise – die Ausschreibung der Position des Geschäftsführers in die Wege geleitet. Bei der eigentlichen

Beschlussvorlage insbesondere wichtig für die Stadt Bernburg(Saale) die Tatsache, dass von den erwirtschafteten Gewinnen auch in diesem Jahr wieder eine Ausschüttung an die Stadt erfolgt – in Höhe von 250.000 €. Leider sieht es bei den weiteren Gesellschaften in der Regel nicht so gut aus. Insbesondere die Bernburger Freizeit GmbH ist und bleibt ein Zuschußgeschäft und das trotz der Gewinnabführungen der Stadtwerke Bernburg in Höhe von 3,742 Millionen Euro. Und die Lage der Gesellschaft lässt kaum durchgreifende Änderungen erwarten. So verschlechterte sich die Einnahmesituation der Bruno-Hinz-Halle durch den Wegfall des Schulsports in dieser Halle. Aber auch die Zukunft anderer Einrichtungen sieht nicht unbedingt positiv aus beziehungsweise ist derzeit ungewiss. So steht auf kreislicher Ebene die Neuausrichtung der Kulturlandschaft im Kreis an, bei der aber immer noch niemand so recht weiß wohin die Reise gehen soll. Nur eins scheint derzeit aus Sicht der Stadt sicher: Mit einer Verbesserung für die Stadt ist wohl kaum zu rechnen.

Bei den oben bereits erwähnten Solarparks ging es insbesondere um zwei Gebiete: einmal in der Ortslage Aderstedt und einmal im Bereich der alten Garnison. So positiv das Voranschreiten der alternativen Energien unter Klimagesichtspunkten auch zu sehen ist, weitaus positiver wäre es, wenn in größerem Maße Flächen genutzt würden, welche auch schon vorhanden sind und nicht verbaut werden würden, wie zum Beispiel Dachflächen. Unsere Fraktion sieht eine klare Notwendigkeit dafür, die Energiewende auch auf kommunaler Ebene voranzubringen, dabei aber auch immer einen vernünftigen Ausgleich zwischen Wünschenswertem und Notwendigem zu finden. Deshalb arbeiten wir auch an einem entsprechenden Antrag, der die kommunale Energiewende auf den Weg bringen soll.

Udo Riedel ist Fraktionsvorsitzender im Stadtrat Bernburg

Aufruf, gegen die Staßfurter Mauer einzutreten, fand ein Echo

Ralf- P. Schmidt

Dem Aufruf von Bianca Görke und der Staßfurter LINKEN waren zahlreiche BürgerInnen der Salzlandstadt gefolgt, um klar zu zeigen, dass sie gegen die gebaute Mauer, aber auch die Mauern im Kopf der Errichter und Befürworter eintreten wollen. Die Staßfurter Mauer, die als „Sichtschutz“ vor sogenannten unerwünschten Parkbesuchern durch einen Einkaufsparkbetreiber in Staßfurt errichtet wurde, bestimmt seit Tagen die Staßfurter Gespräche und ist in den Medien präsent.

Bianca Görke führte auf der Kundgebung am 3. Oktober aus, dass dieser Tag doch klar zeige, dass Mauern keine Lösung sind. Sie sprach sich klar gegen die Arroganz der scheinbar Mächtigen und Weltbeurteiler aus und appellierte an die Staßfurter Solidariät und Gemein-



Ralf- P. Schmidt spricht zu den Anwesenden

(Foto: privat)

schaft, in Staßfurt zusammen zu leben. Ein Plakat „WIR ALLE sind STAßFURT“ machte das Anliegen deutlich. Die Mauerdiskussion zeigt viele gesellschaftliche und kommunale Probleme auf, das Thema der öffentlichen Toiletten, des Miteinanders und der fehlenden Angebotsstruktur im Sozialbereich für die in Hartz IV abgeschobenen Menschen.

Die Anwesenden stellten aber auch klar, dass sie die Mauer sowohl städtebaulich, als auch als Symbol der Diskriminierung ablehnen. Es bleibt also zu hoffen, dass die Mauer aus sanierungsrechtlichen Gründen verschwinden wird.

Das 120 Tage-Programm der Parteivorsitzenden ist erfüllt

Friedrich Schütz

Nur wenige Tage nach dem Göttinger Parteitag (2. bis 3. Juni 2012) veröffentlichten die Parteivorsitzenden ihr vier Seiten umfassendes Arbeitsprogramm „Den Aufbruch organisieren – Vorhaben für die kommenden 120 Tage“. In der Juli/ August-Ausgabe unserer Zeitung haben wir die wichtigsten dieser Vorhaben genannt. Erinnerung sei an die Sommertour der Vorsitzenden, an die Massentelefonkonferenz Ost/West und an die beiden Beratungen des Geschäftsführenden Parteivorstandes mit den Landesvorsitzenden.

Am 1. Oktober, also nach Ablauf der ersten 120 Tage ihrer Amtszeit, informierten Katja Kipping und Bernd Riexinger auf einer Pressekonferenz im Karl Liebknecht-Haus über die Erfüllung ihres Programms. Im folgenden sollen zunächst die von ihnen während dieser vier Monate gewonnenen Erkenntnisse herausgestellt werden. Anschließend soll an einigen Beispielen, besonders solcher der Sommertour, gezeigt werden, daß es den neuen Vorsitzenden vor allem ums Zuhören sowie um das Kennenlernen der Parteibasis ging.

Über die Ereignisse und Erkenntnisse ihres Wirkens sowie über die Entwicklung der Partei nach dem Parteitag stellten die Vorsitzenden fest: „Der Abwärtstrend ist gestoppt“. DIE LINKE konnte mit eigenen Themen wie Mindestlohn, Rentenangleichung, Arbeitszeitverkürzung oder Friedenspolitik punkten. Zwar sind in der Partei noch nicht alle Streitpunkte überwunden, aber, wie Bernd Riexinger feststellte, überwiegen doch mit etwa 80 Prozent die Gemeinsamkeiten. Es ist ein hervorragendes Ergebnis, wenn die Vorsitzenden in dieser Zeit mit über 2000 Mitgliedern ins Gespräch kamen.

Die am 23. Juli begonnene Sommertour führte am 7. August Bernd Riexinger in den Landesverband Sachsen-Anhalt nach Halberstadt, wo er vom Oberbürgermeister Andreas Henke und vom Kreisvorsitzenden André Lüderitz empfangen wurde. Andreas Henke informierte den Parteivorsitzenden darüber, daß

in Sachsen-Anhalt mehr als 70 Prozent der Kommunen sich in einer brisanten finanziellen Situation befinden, was dramatische Auswirkungen auf das Leben der Menschen hat. Er wünschte sich, daß die Politik sich mehr den kommunalpolitischen Fragen zuwendet, was die völlige Zustimmung des Vorsitzenden fand. Ein besonders eindrucksvolles Erlebnis dürfte es für Bernd Riexinger gewesen sein, als in Stapelburg die Tochter des Ortsbürgermeisters die Kinderhilfe Siebenbürgen vorstellte, die durch eine vielseitige praktische Hilfe die Not vieler Kinder in Rumänien lindern hilft.

Bereits davor war der Vorsitzende in Sachsen gewesen, wohin er durch die Oberbürgermeisterin von Borna, Simone Luedtke, eingeladen worden war. Nach einem Stadtrundgang durch das ehemalige Zentrum des sächsischen Braunkohleabbaus, das seit 1990 etwa 30.000 Arbeitsplätze verloren hat, fand am Abend eine Bürgerversammlung statt. Die Teilnehmer wollten, wie es in einem DISPUT-Artikel heißt, „dem Vorsitzenden ihre Meinung sagen und seine hören“. Eine der von ihm dazu vortragenden war, daß es ein Unding sei, wenn nach mehr als 20 Jahren nach der Einheit der Abstand bei den Löhnen im Vergleich zum Westen noch immer über 30 Prozent beträgt und es bei den Renten ähnlich ist.

Am 10. August ging für Bernd Riexinger die Sommertour in Hannover zu Ende. Er übergab den Staffelnstab an Katja Kipping, die bis zum 21. August noch Parteigliederungen in mehreren Landesverbänden besuchte. Mit der Übergabe in der niedersächsischen Landeshauptstadt, die mit mehreren Veranstaltungen verbunden war, wollten die Vorsitzenden ihre große Aufmerksamkeit für die am 20. Januar 2013 stattfindenden Landtagswahlen zum Ausdruck bringen.

Aus der Reihe der Besuche von Katja Kipping soll der im Kreis Lüchow-Danzenberg (Wendland) angeführt werden. Sie wurde von der Anti-Atomkraft-Aktivistin Kerstin Rudek empfangen. Im Mit-

telunkt dieses Tages standen natürlich der Kampf gegen die Atomkraft und das völlig ungeeignete Endlager Gorleben. Während eines längeren Spazierganges erfuhr die Vorsitzende, daß das Endlager bereits zu über 90 Prozent fertiggestellt ist. Eine positive Nachricht für sie war, daß dieser Landkreis seinen Strombedarf bereits zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien bezieht.

Am 12. September führten die Parteivorsitzenden die Ost-West-Telefonkonferenz mit 30 Mitgliedern aus den Landesverbänden Mecklenburg-Vorpommern und Saarland durch. Im ersten Teil wurde über die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Fiskalpakt und zum Europäischen Rettungsschirm sowie über die Lage in der Partei diskutiert. So wurde z.B. der Wunsch vortragen, auf den Parteitag nicht bis spät in die Nacht zu tagen. Im nächsten Punkt berichteten die Teilnehmer/innen über die Aktivitäten in ihren Gliederungen. Angesprochen wurden auch die Belastung von Ehrenamt und Beruf sowie die ungenügende Situation im Bereich der Kommunal Finanzen. Zum Wahlkampf wurde angeregt, daß sich die Partei nicht verzetteln dürfe, sondern sich auf einige Themen konzentrieren sollte. Die Form, sich über Telefonkonferenzen zu verständigen, fand allgemeine Zustimmung, und die Vorsitzenden zeigten sich beeindruckt von dem konstruktiven Diskussionsstil.

Ich halte das, was die Dresdnerin Katja Kipping und der Stuttgarter Bernd Riexinger in ihren ersten Monaten als Vorsitzende für die Partei leisteten für äußerst positiv und begrüßenswert. Ihre Art des Umgangs mit dem/ der Gesprächspartner/in, zuhören und sich in die Lage und Gedanken des anderen zu versetzen, sollte in den Gliederungen der Partei und bei den Mitgliedern Anerkennung und Nachahmung finden. Ich habe den Eindruck: Unsere Partei befindet sich in einer Phase des Beginns eines Aufbruchs – und das ist gut so, aber auch dringend notwendig.

DIE LINKE und ihre Wahlstrategie für die Bundestagswahl 2013

Reiner Jaluschka

Am 20. September fand in Bernburg zu diesem Thema eine Bildungsveranstaltung mit Dr. sc. Bernd Ihme, Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle, statt. Mit seinem ausführlichen Vortrag gab er für die etwa 30 Teilnehmer/innen eine gute Diskussionsgrundlage.

Während die anderen Bundestagsparteien bereits seit längerem mit der Vorbereitung dieser Bundestagswahl beschäftigt sind, konnte DIE LINKE erst nach dem Göttinger Parteitag damit beginnen. Deshalb kann nicht darauf gewartet werden, bis alle Materialien vorliegen. Es sollten viele Gelegenheiten gesucht und genutzt werden, um bereits jetzt mit den Wählerinnen und Wählern ins Gespräch zu kommen.

Im aktuellen Wahlrend erreicht unsere Partei bis zu 8%, was einen leichten Aufwärtstrend darstellt. Insgesamt gesehen haben gegenwärtig weder Schwarz-Gelb noch Rot-Grün, auch nicht Rot-Rot-Grün eine parlamentarische Mehrheit. Die gegenwärtige Tendenz geht zu einer „Großen Koalition“, die eigentlich keiner so recht will.

Nachfolgend stellte er die drei vom Parteivorstand geplanten Etappen für die Vorbereitung der Bundestagswahlen 2013 durch DIE LINKE vor. Das sind:

1. Die Diskussion an der Basis und mit Wählerinnen und Wählern über Vorschläge zum Wahlprogramm bis Ende Februar 2013,
2. Basis- und Regionalkonferenzen im März/April 2013 und
3. der Parteitag vom 14. bis 16. Juni in Dresden zur Beschlussfassung über das Wahlprogramm.

Das Wahlziel besteht natürlich darin, den Wiedereinzug in den Bundestag mit einer möglichst großen Fraktion zu erreichen und die Möglichkeiten zu Erlangung von Direktmandaten zu nutzen. Das alles wird bei weitem kein Selbstläufer. Die Verhältnisse haben sich gegenüber 2009 verändert, dem muss DIE LINKE Rechnung tragen.

2009 konnte DIE LINKE noch zahlreiche Wähler aus den unterprivilegierten



Dr. Bernd Ihme im September in Bernburg (Foto: privat)

Schichten mobilisieren. Das hat sich inzwischen gewandelt – viele ihrer Angehörigen gehen nicht zur Wahl oder wählen andere Parteien, wie sich in NRW gezeigt hat. Auch die Ansprache junger Leute ist bei weitem nicht mehr so wirkungsvoll. Viele sind in das Wählerpotential der PI-RATEN abgewandert. Es stellt sich die grundsätzliche Frage, warum es Linken in der Krise nicht gelingt, ihre Massengrundbasis entsprechend auszubauen.

Weiter benannte Bernd Ihme als Problem, dass seit 2009 auch andere Parteien von der Partei DIE LINKE zuerst besetzte und in der Öffentlichkeit vertretene Themen für sich neu entdeckt haben, z.B. das Thema „Mindestlohn“ und nun neu die „Rentnentwicklung und Gefahr von Altersarmut trotz lebenslanger Arbeit“

Ein nicht unwesentliches Ziel ist aber auch der Kampf um bestimmte Zielgruppen, z. B. junge Wähler/innen. Dabei entstehen natürlich solche Fragen, wie man diese Zielgruppen erreicht, mit welchen Themen welche der Interessen dieser Zielgruppen angesprochen werden müssen. Bei den jungen Wähler/innen können das u. a. sein:

- Thema Ausbildungs- und Arbeitsplätze mit guten Löhnen,
- Kosten und Einkommen bei Hoch- und Fachschulausbildung,
- Wohnheim- oder Wohnungskosten für Studenten und Auszubildende,
- Kommunikationsmöglichkeiten

DIE LINKE sollte sich vor allem folgenden Politikfeldern zuwenden: Friedenssicherung, Bildungs-, Gesundheits- und Rentenpolitik, sozial-ökologischer Umbau Reichtum und Armut.

Welche Erwartungen haben die Wähler an die sich der Wahl stellenden Parteien und ihre Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl? Das sind u.a.:

- Glaubwürdigkeit und Transparenz
- Realistische, erreichbare Ziele und Wege dahin
- Soziale Wertevermittlung

Hauptthemen für die DIE LINKE sollten Menschlichkeit und Gerechtigkeit sein, weil für diese Themen die Wähler am meisten der LINKEN zutrauen. Und das müssen wir auch glaubwürdig demonstrieren.

In einer regen Diskussion wurden Meinungen und Anregungen zur Vorbereitung auf die Bundestagswahl 2013 ausgetauscht. So wurde die Frage aufgeworfen, ob die Losung „Hartz IV muss weg“ heute noch zeitgemäß ist. In Zeiten von Finanzkrise, Fiskalpakt, ESM usw. könnte ganz schnell die Situation entstehen, wo die durchaus kritikwürdigen Leistungen verteidigt werden müssen, um eine weitere Absenkung zu verhindern.

Im Zusammenhang mit einer von statistischen Ungenauigkeiten bereinigten Analyse der Wahlergebnisse der PDS/LINKEN in den neuen Bundesländern und Berlin seit 1990 zeigte sich, dass von acht Verschlechterungen bei Landtagswahlen sieben während oder nach Regierungsbeteiligungen/Tolerierung eingetreten sind. Es muss also einen negativen Zusammenhang zwischen Regierungsbeteiligung der LINKEN und Wählerzuspruch geben. Dieser muss noch eingehender analysiert werden. So stellt sich die Frage, wenn die Wähler z.B. auf der Landesebene ein Mitregieren der LINKEN erwarten, wenn es die Wahlergebnisse hergeben, warum folgt nach erwartungsgemäßem Handeln dann eine Abkehr an den Wahlurnen oder Wahlabstinenz.

Reiner Jaluschka ist Mitglied im Ortsverband Schönebeck

Die neoliberale Umgestaltung Europas schreitet voran

Jan Korte

Glaut man der vorherrschenden Bericht-erstattung, so kreist der Pleitegeier über der Eurozone. Die angeschlagenen Eurostaaten hätten einfach zu lange über ihre Verhältnisse gelebt und müssten nun mit Steuergeldern des europäischen Musterlandes Deutschland gerettet werden. Harte soziale Einschnitte und massive Einsparungen öffentlicher Ausgaben sollen Griechenland, Spanien oder Portugal wieder auf neoliberalen Kurs bringen. Wer da nicht mitmachen will, dem droht man mit dem Zudrehen des Geldhahns und dem Rausschmiss aus dem Euro. Volker Kauder, der Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, frohlockte schon im November 2011: „Auf einmal wird in Europa Deutsch gesprochen.“

Richtig ist, dass der Kapitalismus in einer fundamentalen Krise steckt. Und richtig ist, dass das deutsche Kapital dem Rest Europas seine neoliberalen Rezepte und Bedingungen diktiert. Es ist schon bemerkenswert, wie schnell sich der öffentliche Diskurs über die Krise des Kapitalismus gedreht hat. Vor rund vier Jahren schien der Neoliberalismus endgültig am Ende zu sein. Marktradikale gestanden das Scheitern ihrer Liberalisierungs-, Deregulierungs- und Privatisierungskonzepte im Feuilleton der FAZ ein, streuten sich Asche auf ihr Haupt und plädierten für eine „Neugründung des Kapitalismus“.

Passiert ist das Gegenteil. Schon kurze Zeit nach Ausbruch der Krise wurde der Versuch unternommen, diese als eine des mangelnden Wettbewerbes und der übermäßigen Staatschulden neu zu erzählen. Vor allem aber wurde die Krise genutzt, um durch autokratische Beschlüsse eine „Economic Governance“ in der EU politisch durchzusetzen. Mit dem Fiskalpakkt liegt nun ein weiterer Rechtsakt vor, mit dem die europäischen Regierungschefs die neoliberale Bearbeitung der Krise absichern wollen. Auf der Strecke bleiben dabei ökonomische, rechtliche und demokratiepolitische Einwände.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 12.9.2012 über die Klagen gegen



den Rettungsschirm ESM und den Fiskalpakkt entschieden. Die Entscheidung erging zunächst im Eilverfahren und betraf die Anträge der verschiedenen Kläger – von der Linksfraction und Demokratie e.V. bis zum CSU Abgeordneten Gauweiler – dem Bundespräsidenten zu verbieten, diese völkerrechtlichen Verträge zu unterzeichnen. Das BVerfG hat sämtliche Anträge der Kläger im Grundsatz abgelehnt, sodass die Verträge nun spätestens 2013 in Kraft treten können. Mit dem Fiskalpakkt soll eine zusätzliche öffentliche Schuldenaufnahme unterbunden und die Staatsverschuldung auf 60 Prozent des Bruttoinlandproduktes zurückgeführt werden. Es drohen weitere massive Kürzungen bei sozialen Leistungen, Renten, Löhnen und Stellen im öffentlichen Dienst. EZB-Präsident Mario Draghi erklärte denn auch: „Das europäische Sozialstaatsmodell hat ausgedient“. Mit der Akzeptanz des Fiskalvertrages hat sich das Gericht auf die derzeitige rigide Austeritätspolitik festgelegt, die die EU und letztlich auch Deutschland weiter in die Krise treiben werden. Denn wenn die Menschen weniger Geld zur Verfügung haben, können sie weniger kaufen. Die Wirtschaft wird abgewürgt. Wie so die Staatsschulden überhaupt abgebaut werden können, bleibt ein Geheimnis der bürgerlichen „Wirtschaftsweisen“.

Trotz der juristischen Niederlage war es dennoch richtig, dass die Bundestagsfraktion Verfassungsklage eingelegt hatte und so die Ablehnung der LINKEN öffentlich wahrnehmbar wurde. Und die Entscheidung war auch keine völlige Niederlage: Das BVerfG hat der Bundesregierung bei den Beteiligungsrechten des Bundestages die gelbe Karte gezeigt und

sie an die Rolle des demokratisch gewählten Parlamentes erinnert.

Bislang gelang es, trotz breiter Proteste in Griechenland, Spanien, Portugal und Italien, nicht die verschärfte Umverteilung zugunsten der dominanten Kapitalfraktionen aufzuhalten. Im Gegenteil: Europa-weit werden die Kosten der Krise weiter sozialisiert, während die Gewinne unangetastet bleiben. Die Krisenprozesse stellen weder das Ende des Kapitalismus noch den Beginn einer Alternative dar. Die Herrschenden sind sich uneins und verunsichert, auch der neue Staatsinterventionismus ist keine Lösung der kapitalistischen Krise, sondern ein Krisenmanagement im Rahmen des neoliberalen Finanzkapitalismus.

Anders als es uns heute verkauft werden soll, gehen die Krisenprozesse nämlich weit über die sich ausbreitende Weltwirtschaftskrise und die Krise des Finanzsystems hinaus. Die Mehrfachkrise des Kapitalismus besteht aus mindestens folgenden Komponenten, die durch den neoliberalen Finanzkapitalismus zugespitzt wurden: Einer Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (Klima- und Wasserkrise, ökologische Zerstörung), die mit einer Krise der Energieversorgung (vor allem mit Öl und fossilen Energieträgern) einhergeht und einer Repräsentationskrise (vor allem in Folge der Zerstörung der Sozialstaaten und zunehmender Prekariisierung und Armut).

Der große marxistische Historiker Eric Hobsbawm, der leider vor wenigen Tagen 95jährig in London verstarb, brachte es treffend auf den Punkt: „Wirtschaftlicher und politischer Liberalismus, jeder für sich oder im Zusammenspiel, können die Probleme des 21. Jahrhunderts nicht lösen.“

MdB Jan Korte ist Mitglied im Vorstand der Bundestagsfraktion

Altersarmut in Sachsen-Anhalt – ein Problem der Gegenwart und der Zukunft

Sabine Dirlich

Die Armutsgefährdungsquote in Sachsen-Anhalt liegt aktuell bei 21,8 %, damit liegt Sachsen-Anhalt an vierter Stelle in Deutschland. Die Armutsgefährdungsquote steigt bei den Älteren ab 65 Jahre an. War sie 2004 noch bei 3 %, lag sie 2010 bereits bei 10 %. Die Armutsgefährdungsquote der Erwerbslosen liegt übrigens bei über 70 %. Ein Drittel der registrierten Arbeitslosen in Sachsen-Anhalt sind älter als 50 Jahre, deren Armutsgefährdungsquote dürfte bei 100 % liegen.

Die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen geht kontinuierlich zurück, die Zahl der arbeitslosen HilfeempfängerInnen über 50 Jahre stagniert bei etwa 45.400, davon sind 27.000 über 55 Jahre. Die Zahl der erwerbsfähigen HilfeempfängerInnen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, beträgt 40.400, das sind etwa 5 % mehr als im August des Vorjahres. Die Rente erst ab 67 verlängert diesen Zustand und verschärft die Situation der Betroffenen.

Deutschlandweit gehen knapp 770.000 Rentnerinnen und Rentner einem Minijob nach, über 100.000 von ihnen sind älter als 75 Jahre.

Gleichzeitig sind die Beschäftigungschancen von älteren ArbeitnehmerInnen nach wie vor denkbar schlecht. Noch immerhin 26,8 % der 60-Jährigen sind in Vollzeit beschäftigt, erwerben also einen vollen Rentenanspruch. Bei den 64-Jährigen arbeiten noch 9,3 % in Vollzeit. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass 90 % der 64-Jährigen keine vollen Rentenansprüche mehr erwerben.

Was tut nun die Bundesregierung?

Zunächst muss man über das reden, was die Bundesregierung genau nicht tut. Sie tut nichts zur Rentenangleichung zwischen Ost und West und bricht damit den eigenen Koalitionsvertrag. Von den vollmundigen Wahlversprechen vor der Wahl will ich gar nicht erst anfangen.

Mit ihrer Zuschussrente will nun die Ministerin für Arbeit und Soziales, Frau von der Leyen, den Eindruck vermitteln, dass sie das Problem erkannt hat und



energisch handeln will. Wenige Punkte genügen, den Nachbesserungsbedarf dieses Konzepts vor Augen zu führen. Die Zuschussrente erfasst bei weitem nicht die von drohender Altersarmut Betroffenen, nicht die Langzeitarbeitslosen, nicht die Menschen mit Brüchen in ihren Erwerbsbiografien – vor allem Frauen – nicht Selbständige in prekären Verhältnissen, nicht die Beschäftigten im Niedriglohnbereich. Also alle diejenigen nicht, die keine 40 oder 45 Versicherungsjahre vorweisen können und nicht diejenigen, die sich von ihrem geringen Einkommen keine zusätzliche Vorsorge leisten können. Die Ursachen von Altersarmut werden nicht angegangen. Nicht die Hartz IV-Gesetzgebung, nicht der Niedriglohnbereich, nicht die Leiharbeit, nicht die Ausweitung der Minijobs. Das Ganze „Leistungsanerkenntnisgesetz“ zu nennen, kann man nur als zynisch bezeichnen.

Und was bietet die SPD an? Die große Koalition! Die SPD stellt keine der falschen Weichenstellungen in Frage. Das Rentenniveau soll auch nach dem Vorschlag der SPD auf 43 % sinken und setzt zur Kompensation auf allein von den ArbeitnehmerInnen finanzierte kapitalgedeckte zusätzlich Altersvorsorge, diesmal in Form staatlich

geförderter Betriebsrenten. Die Solidarrente ist an hohe Voraussetzungen gebunden und sieht eher wie eine verbesserte Fürsorgeleistung aus. An der Rente erst ab 67 wird festgehalten. Politikwechsel sieht anders aus.

Wir wollen die Lebensstandardsicherung wieder zum Prinzip der gesetzlichen Rente machen, sie muss wieder auf 53 % angehoben werden.

Die Rente erst ab 67 gehört abgeschafft! Die Angleichung der ostdeutschen Renten ist eine Frage der Leistungsgerechtigkeit und soll in den nächsten fünf Jahren erfolgen.

Gute Arbeit – Gute Rente! Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn und die Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse.

Alle Erwerbstätigen müssen in die gesetzliche Rente einbezogen werden und Höchstverdiener müssen einen Teil ihrer Ansprüche abgeben. Nur so ist Solidarität finanzierbar.

Wir wollen die solidarische Mindestrente einführen, die sicherstellt, dass kein Mensch im Alter ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze hat. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, weil sie Teilhabe sichert und Armut verhindert. Sie muss aus Steuermitteln finanziert werden.

Die Maßnahmen innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung müssen unter anderem durch die Verbreiterung der Beitragsbasis durch Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die Beitragspflicht finanziert werden.

Der Beitrag soll steigen. Da wir aber zur konsequenten paritätischen Finanzierung zurückkehren wollen, werden die ArbeitnehmerInnen durch unsere Vorschläge weniger belastet als durch die geltende Gesetzeslage.

Sabine Dirlich ist sozial- und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion

Der Kreisvorstand befasste sich wieder mit der Vorbereitung der Bundestagswahl

Elke Rehmann

Am 27. September trat der Kreisvorstand zu einer planmäßigen Tagung im Staßfurter Fraktionsbüro zusammen.

Auf der Tagesordnung stand die Rückschau auf die wichtigsten Ereignisse der letzten 4 Wochen. Aus jeder Region wurde berichtet, welche Aktionen im Vordergrund standen und wie die Resonanz in der Bevölkerung war. In Schönebeck wurde z. B. die bundesweite „Umfairteilen“-Aktion aus Termingründen um 3 Tage vorverlegt, in Staßfurt schloss man sich der Bürgerinitiative gegen die geplante Biomethanganlage an und war in der AG Senioren aktiv. In Aschersleben wurde endlich das langersehnte Bürgerbüro der Abgeordneten eröffnet und in Bernburg fand eine Bildungsveranstaltung mit Bernd Ihme statt. Außerdem werden überall regelmäßig Info-Stände durch-

geführt, um Präsenz zu zeigen.

Kreisschatzmeisterin Petra Giest gab den Anwesenden einen Bericht über die Finanzarbeit und die aktuellen Mitgliederbewegungen. DIE LINKE im Salzlandkreis hat z. Zt. 448 Mitglieder, davon sind 201 weiblich.

Aus dem Kreistag berichtete Lothar Boese. Tags zuvor wurde dort mehrheitlich beschlossen, einen Antrag an den Verkehrsminister von Sachsen-Anhalt zu stellen, um eine Aufstufung der B6n zur Autobahn zu erreichen. Hinsichtlich des befürchteten Wegfalls von Ackerland durch den Bau von Photovoltaikanlagen entlang der B6n wird die Landkreisverwaltung strenge Auflagen erteilen und diese überwachen.

Hauptthema dieses Abends waren aber die Einberufungen der bevorstehenden

Wahlkreisversammlungen für die Bundestagswahl 2013 in den Wahlkreisen Anhalt und Magdeburg sowie der nächsten Kreisdelegiertenversammlung im Februar 2013 in Staßfurt. Diese wird zeitgleich mit einer Kreisvertreterversammlung zur Wahl von VertreterInnen zur Landesvertreterversammlung stattfinden. Für diese Versammlungen müssen demnächst in den Basisgruppen und Ortsverbänden, entsprechend der Anzahl der Mitglieder, VertreterInnen gewählt werden. Zu diesem Thema waren einige Beschlüsse notwendig, die alle einstimmig beschlossen wurden.

Elke Rehmann ist Mitglied des Kreisvorstandes und stellvertretende Ortsvorsitzende in Bernburg

Kreative Gesundung in Hohenerxleben

Jana Lankau

Am 8. Oktober besuchte die Landtagsabgeordnete Birke Bull während ihres Wahlkreistages das Hohenerxlebener Schloss. Die dortigen Akteure, die sie schon im Frühjahr kennenlernen konnte, haben das Projekt „Kreative Gesundung“ erläutert. Dabei handelt es sich um ein breites Angebot an Workshops, in denen besonders die rechte Gehirnhälfte, die für Emotionen, Intuition und Kreativität zuständig und im Alltag nicht selten vernachlässigt ist, angesprochen wird. In Kursen wie orientalischer Tanz, Rollenspiel, Yoga, kreatives Schreiben, Malen, Musik und Rhythmus können sich Teilnehmer/innen ausprobieren, neue Erfahrungen machen, Erkenntnisse gewinnen und festgefahrene Gewohnheiten aufbrechen.

Sehr gute Erfahrungen machen mit dieser Art von Arbeit Gruppen, die sich sonst nur in stets gleichen Arbeitszusammenhängen kennen. Alte Strukturen können aufbrechen, Perspektivenwechsel gelingen und der Teamgeist wird in ganz neuen Zusammenhängen gefördert. Von Bankern



Schloß Hohenerxleben im Herbst

(Foto: privat)

bis Schulklassen reicht die Palette der bisherigen Nutzer/innen des Projektes. Dass dies ein unterstützenswertes Projekt ist, steht außer Frage. Deshalb trugen die Gesprächsteilnehmer/innen am Ende des Gespräches eine ganze Liste von Multiplikator/

innen, die man für dieses Projekt begeistern könnte, zusammen.

Jana Lankau ist Wahlkreismitarbeiterin von MdL Birke Bull

5-jähriges Jubiläum des „Kick gegen Rechts“

Elke Rehmann

Am 29. September war es mal wieder soweit: Das „Bernburger Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Rechts-Extremismus und Gewalt“ lud gemeinsam mit der Stadt Bernburg im Rahmen der interkulturellen Woche zum „Kick gegen Rechts“ ein. Natürlich ließ sich DIE LINKE auch diesmal nicht lange bitten und organisierte das Turnier gerne mit, allen voran der stellvertretende Ortsvorsitzende Maik Mingo, dem wir hiermit für seine Arbeit herzlich danken.

Zu Beginn überreichte Birke Bull dem Mitorganisator des Turniers Mike Franzelius einen Spendenscheck unserer Bundestagsfraktion in Höhe von 200 €. Dieser wurde dankend entgegengenommen und wird für die weitere Arbeit des Bündnisses genutzt.

Es traten insgesamt 8 Mannschaften gegeneinander an. Die Spieler waren alle Freizeit-Fußballer, deshalb stand der Spaß an der Sache im Vordergrund. Vor allem aber sollte ein gemeinsames Zeichen gegen Ausgrenzung, Gewalt und Rechts-Extremismus gesetzt werden.

DIE LINKE war mit zwei Mannschaften gemeldet, da aber die Spieleranzahl nicht erreicht wurde, stellten sich Kinder



DIE LINKE 2 gewann den Kick gegen Rechts

(Foto: privat)

des Stadtteilhauses vom Zepziger Weg für uns zur Verfügung. Sie starteten als DIE LINKE 1 und erreichten am Ende einen sehr guten 6. Platz. Außerdem bekamen sie den Fairplay-Pokal überreicht, der im Stadtteilhaus einen Ehrenplatz erhalten soll. Auch die Spieler der Mannschaft DIE LINKE 2 waren an Motivation und Kampfgeist nicht zu übertreffen und erkämpften sich den wohlverdienten 1. Platz. Mit dabei waren Christian und Björn Jethon, die noch einige Jugendliche aus Nienburg mitbrachten, sowie Udo Riedel und Maik Mingo. Ernst-Hermann Brink, der mit den Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Amesdorf für das

leibliche Wohl sorgte, sprang öfters als Schiedsrichter ein. Danke an alle für die hohe Einsatzbereitschaft und herzlichen Glückwunsch zum Sieg! Wir gratulieren ebenfalls den Spielern der Stadt Bernburg und des Meridian e. V., die unserer Mannschaft auf den Plätzen 2 und 3 folgten. Herr Franzelius bedankte sich am Ende des Turniers bei allen fleißigen Helfern und hofft auch für das nächste Jahr auf eine gute Zusammenarbeit bei der Organisation dieses für unsere Stadt wichtigen Ereignisses.

Staufurter LINKE war wieder beim Tag der Regionen dabei

Ralf-P. Schmidt

Auch 2012 war die Staufurter LINKE mit ihrem 6 Meter Stand wieder beim Tag der Regionen mit einem Informations- und Kommunikationsstand dabei. Auch die Bücherbörse erfreute sich zahlreicher Besucher. Und die Unterschriftenlisten „Nein zur geplanten Biogasanlage in Staufurt“ fanden neue Unterzeichner/innen. Damit setzt die Staufurter LINKE konsequent ihre Straßengespräche fort. Egal ob zum Altstadtfest, zum Salzlandfest oder jetzt am 30.09. ist sie in Staufurt für die BürgerInnen ansprechbar, stehen Vorstand und Mandatsträger gemeinsam zum Polittalk zur Verfügung, gibt es zahlreiche Informationen über DIE LINKE zum mit nach Hause nehmen. Inhaltlicher Schwerpunkt war diesmal das The-



DIE LINKE Staufurt beim Tag der Regionen

(Foto: privat)

ma „UmFAIRteilen: Reichtum ist teilbar!“. Hier machte DIE LINKE klar, dass sie u.a. für eine Millionärssteuer eintritt.

Ralf-P. Schmidt ist Vorsitzender der BO Staufurt

Ende gut, alle gut

Zur Büroeröffnung in Aschersleben

Wolfgang Menzel

An einem sonnigen Herbsttag wurde das neue Bürgerbüro in Aschersleben eröffnet. Die Bürogemeinschaft der Landtagsabgeordneten Sabine Dirlich, Evelyn Edler und Monika Hohmann und der Bundestagsabgeordnete Harald Koch, haben am 19. September 2012 das neue Bürgerbüro in Aschersleben eröffnet. Allseits wurde der günstige Standort in der Heinrich-Heine Straße 3 für gut empfunden. Viele Gäste aus allen Schichten der Bevölkerung konnten von Harald Koch begrüßt werden. Bei einem kleinen Imbiss mit Getränken wurden in einer lockeren Atmosphäre Gespräche mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern geführt.



Strahlende Gesichter bei der Büroeröffnung in Aschersleben

Den Landtagsabgeordneten sowie den Bundestagsabgeordneten aus Sangerhausen gebührt ein großer Dank für ihre Hilfe. Das nächste Ziel ist ein gu-

tes Bundestagswahlergebnis. Wolfgang Menzel ist Vorsitzender der LINKEN Aschersleben

DIE LINKE unterstützt Trainingslager der Neundorfer Jugend

Ralf-P. Schmidt

Die Stadtratsfraktion der LINKEN Staßfurt hatte erfahren, dass das geplante Trainingslager des TSV Neundorf eine finanzielle Unterstützung bedarf, damit alle Kinder, egal welcher sozialen Herkunft, daran gleichberechtigt teilnehmen können. Dieser Idee der Gleichberechtigung und der gleichberechtigten sozialen Teilhabe sieht sich DIE LINKE verpflichtet. Stadtratsfraktionsvorsitzender Klaus Magenheimer, Sozialausschussvorsitzender Ralf-P. Schmidt und der stellv. Ortsbürgermeister Klaus Maaß überbrachten somit aus dem Solidarfonds der Stadtratsfraktion des Staßfurter Stadtrates eine Spende in Höhe von 200 €.

Diese nahmen unter Anwesenheit der fußballinteressierten Jungen und Mädchen, zahlreicher Eltern die Trainer der F- Jugend beim TSV Neundorf, Martin Wichmann und Hans-Jürgen Besser, dankend entgegen. Bei dem Termin auf dem Neundorfer Sportplatz konnten wir Kommunalpolitiker vom sportlichen Engagement der Neundorfer erfahren. So ist das 1. Punktspiel für die jungen Spieler angesetzt und das Trainingslager ge-



Gruppenfoto mit dem Fußballnachwuchs - Die Staßfurter Stadträte spenden für den TSV Neundorf

(Foto: privat)

plant. Die kleinen Fußballer trainieren zweimal in der Woche, um sportliche Erfolge aufweisen zu können.

„Gleichwohl nehmen wir kritisch zur Kenntnis, dass hier der Staat in seiner Verantwortung versagt, denn wenn der Staat, egal ob Bund, Land oder Kommune, die Sorgen, Nöte und Bedürfnisse von Kindern und Familien ernst nehmen würde, bedürfte es unserer und anderer Spenden zur Realisierung der Freizeitaktivitäten von Kindern und Jugendlichen, die für ihre Entwicklung äußerst wichtig sind, nicht. Und auch das Recht auf Freizeit ist ein Menschenrecht“, führte Ralf-P. Schmidt im

Zusammenhang der Spendenübergabe aus. Die LINKEN Staßfurter Stadträte sehen sich hier verpflichtet.

Wir nutzten den Termin in Neundorf auch, um uns über die Bedingungen vor Ort zu informieren und besichtigten das Sport- und Vereinshaus, das künftig auch weiterhin kostenlos zur gemeinnützigen Nutzung zu Verfügung stehen soll.

DIE LINKE wünscht im Trainingslager viel Spaß und natürlich anschließend sportliche Erfolge.

Ralf-P. Schmidt ist Vorsitzender der BO Staßfurt

Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Oktober
recht herzlich

zum 93. Geburtstag
Charlotte Wengorz

Zum 92. Geburtstag
Fritz Liebefinke

Zum 89. Geburtstag
Karl Heinz Dickhuth
Wilhelm Kretzmann
Joachim Taubert

Zum 87. Geburtstag
Heinz Rienäcker

Zum 85. Geburtstag
Walter Goldhorn

Zum 84. Geburtstag
Christine Dockhorn
Joachim Raue

Zum 83. Geburtstag
Doris Trübe

Zum 82. Geburtstag
Ingeborg Zierold
Klaus Gabriel

Zum 81. Geburtstag
Erika Rau
Sonja Schüler
Helga Wolter

Zum 80. Geburtstag
Charlotte Freist
Rosemarie Hartung
Werner Porsch

Zum 75. Geburtstag
Helga Barczinski
Otto Döring

Zum 70. Geburtstag
Siegfried Buchmann

Wir gratulieren auch allen
anderen Mitgliedern unseres
Kreisverbandes, die im Oktober
Geburtstag haben

Wer oder was kann die Europäische Union noch retten?

Vortrag und Diskussion mit
Dr. Harald Werner,
Beauftragter des Parteivorstandes
für politische Bildung
am Montag, dem 29.10.2012, in
der Gaststätte Alte Molkerei in Bern-
burg (Nienburger Straße 16).

Der Ortsverband DIE LINKE Saale-
Wipper gedenkt anlässlich des **74.
Jahrestages der Reichspogrom-
nacht** am Freitag, 09.11.2012 um
16.30 Uhr auf dem jüdischen Fried-
hof in Güsten dieser Opfer des Fa-
schismus.

Ortsversammlung DIE LINKE Bernburg

Der Ortsvorstand lädt am 01.11.2012
um 18 Uhr in die Begegnungsstätte
der Volkssolidarität (Wilhelmstraße 1)
nach Bernburg ein.

Es stehen Wahlen zur Vorbereitung
der KandidatInnenaufstellung zur
Bundestagswahl 2013 und eine Zwi-
schenbilanz der Stadtratsfraktion auf
dem Programm.

Mitgliederversammlung DIE LINKE Hecklingen

Am 26.10.2012 um 17 Uhr in der
Gaststätte „Zur Kegelbahn“.

DIE LINKE Aschersleben vor Ort im Gespräch

Am 08. November um 10 Uhr auf
dem Holzmarkt in Aschersleben.

Einsendeschluss für die nächste
DLZ ist der 21. Oktober 2012 und
Redaktionsschluss war der 11. Ok-
tober 2012



Nachruf

In stillem Gedenken
Christa Kieslich
BO Aschersleben 1
Kreisvorstand



Nachruf

In stiller Anteilnahme
Herbert Fleischhauer
BO Staßfurt
Kreisvorstand

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder am
24.10.2012 um 18 Uhr im Fraktions-
büro Staßfurt (Grenzstraße 11).

12. Erwerbslosenfrühstück

Am 12.11.2012 findet das nächste
Erwerbslosenfrühstück im Bernbur-
ger Bürgerbüro statt. Ab 10 Uhr sind
wieder alle InteressentInnen zum
Austausch über aktuelle Probleme
aufgerufen.

Wahlkreistag von MdB Jan Korte

Am 01. und 13.11.2012 ist der Ab-
geordnete wieder im Salzlandkreis
unterwegs.

DIE LINKE ZEITUNG

Herausgeber:
Kreisvorstand DIE LINKE.
Salzlandkreis

Tel.: 03471/310492

Mail:dielinke-salzlandkreis@t-on-
line.de

06391 Bernburg, PF 1104

Redaktion :

Friedrich Schütz (V.i.S.d.P),
Joachim Redmann,
Klaus Magenheimer,
Jörg Lemmert

Bei nicht vereinbarten und nach Redakti-
onsschluss eingegangenen Artikeln kann
die Veröffentlichung nicht garantiert werden.